

15. Februar 2018

Immer mehr Menschen arbeiten auch in Österreich in Niedriglohnjobs. 2015 betraf dies rund 460.000 arbeitende Personen in Österreich. Doch welche Ursachen gibt es für die wachsende Verbreitung solcher Tätigkeiten? Welche Personengruppen sind besonders häufig in solchen Jobs zu finden? Und wie stellt sich die Entwicklung Österreichs im Kontext dieser Trends in anderen deutschsprachigen Ländern dar?

Niedriglohnrisiko trifft bestimmte Personengruppen

Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen, dass sich der Niedriglohnsektor in den letzten 20 Jahren in Österreich, Deutschland und der Schweiz sehr unterschiedlich entwickelt hat. In Deutschland beobachten wir zuletzt einen massiven Anstieg von Niedriglohnjobs. Dies ist vor allem auf die Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes infolge der Hartz-IV-Reformen zurückzuführen. In Österreich verläuft der Anstieg der Niedriglohnquote moderater – vor allem aufgrund der vergleichsweise immer noch starken sozialpartnerschaftlichen Beziehungen. Im Gegensatz dazu können wir in der Schweiz ein hohes Ausmaß an Stabilität im Niedriglohnsektor beobachten. Die Niedriglohnquoten haben sich dort in den letzten 20 Jahren kaum verändert.

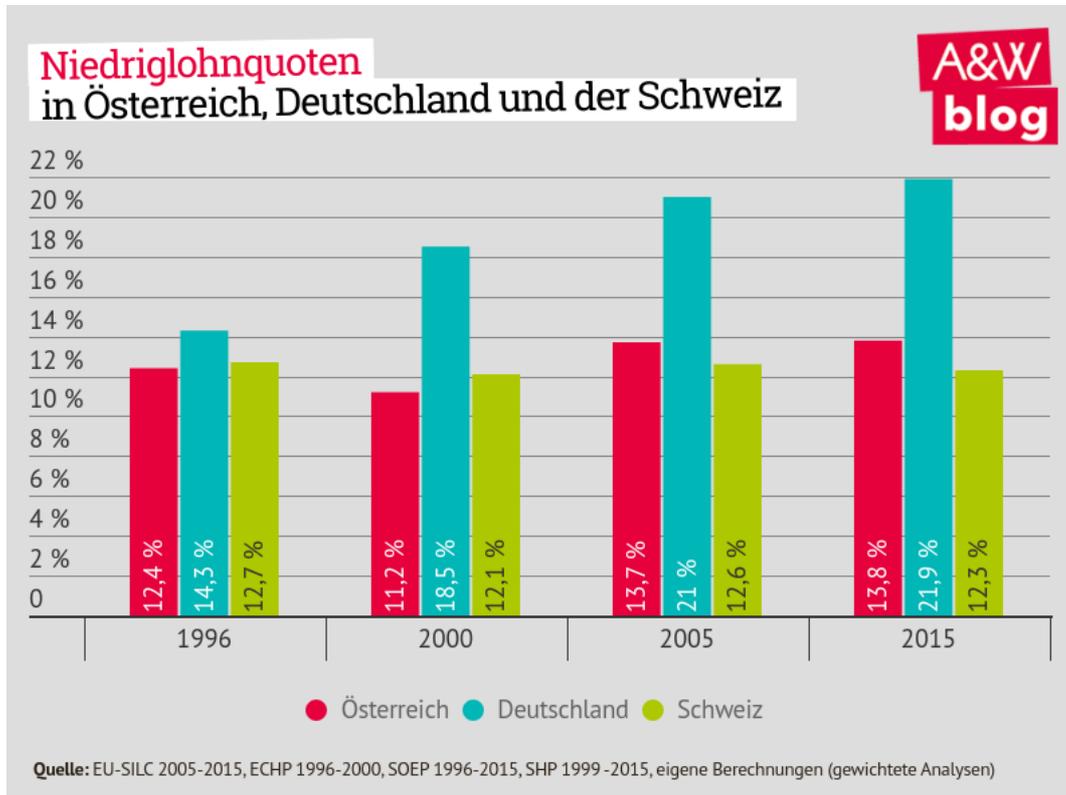
In allen deutschsprachigen Ländern gibt es allerdings besonders gefährdete Personengruppen, die im Vergleich zum Rest der erwerbstätigen Bevölkerung mit höheren Risiken konfrontiert sind, in einem Niedriglohnjob zu arbeiten. Zu diesen Risikogruppen gehören zum Beispiel Menschen mit befristeten Tätigkeiten, Teilzeitbeschäftigte, Frauen, Beschäftigte im Handel oder in der Gastronomie und vor allem junge Arbeitnehmer*innen (bis 30 Jahre). Zusätzlich zeigen unsere Ergebnisse, dass die Niedriglohnbeschäftigung in allen drei Ländern noch stärker gestiegen wäre, wenn sich die Zusammensetzung des Arbeitsmarktes in den letzten Jahren nicht positiv verändert hätte (v. a. aufgrund des Trends zur höherqualifizierten Arbeit).

Über die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Entwicklung des Niedriglohnsektors

Die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte hat in den letzten 20 Jahren in fast allen westlichen Gesellschaften zu einem Wandel der Beschäftigungsverhältnisse für viele Arbeitnehmer*innen geführt. Als Folge haben auf der einen Seite sogenannte atypische Beschäftigungsformen (z. B. Werkverträge, Leiharbeit) an Bedeutung gewonnen, auf der anderen Seite nimmt die Ungleichheit innerhalb der Lohnverteilung stark zu. In Österreich, Deutschland und der Schweiz verliefen die Entwicklungen am Arbeitsmarkt nicht einheitlich: Während in Österreich die Liberalisierung des Arbeitsmarktes vergleichsweise relativ spät und moderat einsetzte, kam es in Deutschland in der Folge der Hartz-Gesetze zu massiven Reformen in Richtung einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik. Mit der Implementierung dieser Gesetze ging der Ausbau von schlecht bezahlten Mini- und

Midijobs einher; gleichzeitig ist der Anteil der Arbeitnehmer*innen, die kollektivvertraglich entlohnt werden, stark gesunken. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist im Unterschied zu Österreich und Deutschland stärker dezentral organisiert und es gibt schon länger eine Tendenz der Ablösung von überregionalen Tarifverträgen durch lokale oder betriebsspezifische Vereinbarungen zwischen den Tarifparteien. Dadurch können Firmen und Betriebe viel flexibler reagieren, als das z. B. in Österreich der Fall ist. Außerdem sind wesentlich mehr Menschen in den Schweizer Arbeitsmarkt integriert, als das für die meisten anderen europäischen Länder zutrifft.

Diese Veränderungen am Arbeitsmarkt korrespondieren auch mit der Entwicklung des Niedriglohnsektors in den drei untersuchten Ländern. In Anlehnung an internationale Standards definieren wir einen Niedriglohnjob als Beschäftigung mit einem Verdienst unterhalb von zwei Dritteln des Medianbruttostundenlohns. Dies betrifft z. B. in Österreich alle unselbstständig Beschäftigten im Alter von 16–65 Jahren, die weniger als zehn Euro brutto in der Stunde verdienen (Anmerkung: Dabei werden nur Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung berücksichtigt, die mindestens eine Stunde pro Woche erwerbstätig sind. Damit können auch Aussagen über Teilzeiterwerbstätige und Mini-Jobber gemacht werden. Selbständige, Freiberufler, mithelfende Familienangehörige oder Personen, die sich in Aus- oder Weiterbildungsmaßnahmen befinden [z.B. Schüler*innen/ Lehrlinge] wurden aus unseren Analysen ausgeschlossen). Empirisch zeigt sich ferner, dass aktuell etwa jeder siebte Beschäftigte in einem Niedriglohnjob tätig ist. Mitte der 1990er-Jahre waren dies nur etwas mehr als zwölf Prozent der Berufstätigen. Im Vergleich dazu hat die Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland innerhalb der letzten Jahre massiv zugenommen und betrifft derzeit etwa 22 Prozent der Arbeitnehmer*innen. Die Niedriglohnquoten in der Schweiz sind niedriger als in Österreich und Deutschland und in den letzten 20 Jahren nahezu auf dem gleichen Niveau verblieben (siehe Abbildung).



Atypisch Beschäftigte und Junge besonders betroffen

Von diesen Entwicklungen sind am Arbeitsmarkt in Österreich, Deutschland und der Schweiz allerdings nicht alle Personengruppen in gleicher Weise betroffen. Vielmehr zeigen unsere Analysen, dass Personen in Teilzeitjobs oder befristeten Beschäftigungsverhältnissen und junge Arbeitnehmer*innen besonders gefährdet sind. Das Risiko, in einen Niedriglohnjob zu geraten, ist für diese Personengruppen nicht nur überdurchschnittlich hoch, es steigt in den letzten Jahren auch deutlich an. Auch weibliche Arbeitskräfte gehören zu dieser Risikogruppe. Unsere Analysen weisen für alle drei Länder auf Benachteiligungen von Frauen am Arbeitsmarkt hin. Frauen tragen rund doppelt so hohe Risiken, mit ihrem Einkommen unter die Niedriglohngrenze zu fallen. Interessant ist allerdings, dass diese Risiken für Frauen im Zeitverlauf abgenommen haben. Außerdem zeigt sich, dass die konkrete Positionierung am Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle spielt: Beschäftigte in qualifizierten und hoch qualifizierten Dienstleistungstätigkeiten haben statistisch betrachtet ein vielfach geringeres Risiko, ein Einkommen unter der Niedriglohngrenze zu beziehen. Gering qualifizierte Arbeitskräfte sowie An- und Ungelernte sehen sich hingegen mit signifikant erhöhten Niedriglohnrisiken konfrontiert.

Der strukturelle Wandel am Arbeitsmarkt federt die Niedriglohnentwicklung ab

Zusätzlich sind wir in unserer Studie der Frage nachgegangen, wie sich die Zusammensetzung des Arbeitsmarktes in Österreich, Deutschland und der Schweiz in den letzten 20 Jahren verändert hat bzw. wie sich diese Veränderungen auf die Entwicklung des Niedriglohnsektors ausgewirkt haben. Auch hier können wir für alle drei Untersuchungsländer einen positiven Trend feststellen. Neben dem Wandel der Berufsstruktur, der sich z. B. in einer sinkenden Zahl von Beschäftigten in schlecht bezahlten Berufen zeigt (angelernte Arbeiter*innen, Verkäufer*innen, Arbeiter*innen in der Landwirtschaft), ist das allgemeine Qualifikationsniveau stark gestiegen. Denn inzwischen verfügt zum Beispiel in Österreich jeder fünfte Beschäftigte über einen Hochschulabschluss. Daneben hat sich aus demographischen Gründen der Anteil von jüngeren Beschäftigten, die häufiger schlecht entlohnte Arbeit ausführen, am Arbeitsmarkt reduziert. Diese veränderte Zusammensetzung des Arbeitsmarktes hat dazu beigetragen, dass ein weiteres Wachstum des Niedriglohnsektors in den drei Untersuchungsländern abgefedert wurde.

Fazit und Ausblick

Für Österreich und deutlicher noch für Deutschland ist in den letzten Jahren eine Ausweitung der Niedriglohnbeschäftigung zu beobachten. In Deutschland ist der massive Anstieg des Niedriglohnsektors vor dem Hintergrund der Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes zu sehen. Im Vergleich dazu sind die Entwicklungen in Österreich moderater verlaufen. Noch immer ist ein größerer Teil der österreichischen Arbeitskräfte gut vor Jobs im Niedriglohnsegment geschützt. Die dezentralen Aushandlungsprozesse und die starke exportorientierte Ausrichtung des Schweizer Arbeitsmarktes haben einen Anstieg der Niedriglohnquoten verhindert.

Diskutiert man diese Befunde in einem größeren Bezugsrahmen, so stellt sich die Frage nach weiteren Konsequenzen des gesellschaftlichen Wandels. Moderate Reformen führten in den letzten Jahren in Österreich zu einem graduellen Umbau des Sozialstaates, wobei eine Verschärfung der Risikostrukturen vor allem für einzelne Personengruppen sichtbar wird. Im Gegensatz dazu stehen massive Reformen in Deutschland, die auch im Vergleich mit anderen europäischen Ländern fast beispiellos sind und beträchtliche Folgen für den Arbeitsmarkt zeigen. Und obwohl die Niedriglohnquoten in der Schweiz nicht gestiegen sind, zeigt sich auch hier ein Ungleichverhältnis zwischen den unterschiedlichen

Personengruppen. Es ist eine Frage gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse, ob und wie sich ein solcher Kurs verfestigt oder ob er gegebenenfalls auch korrigierbar ist. Ob eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, wie sie die neue ÖVP-FPÖ-Regierung plant, mittel- und langfristig tatsächlich eine Antwort auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen darstellt, bleibt abzuwarten. Es wäre allerdings mit negativen Folgen für viele Beschäftigte zu rechnen, wie das Beispiel Deutschlands klar zeigt.

Die hier vorgestellten Analysen fußen auf einer Studie von Fritsch, Nina-Sophie / Verwiebe, Roland (2018): Labor Market Flexibilization and in-work poverty: a comparative analysis of Germany, Austria and Switzerland. In: Henning Lohmann / Ive Marx (Ed.): Handbook of Research on In-Work-Poverty. Cheltenham: Edward Elgar (pp. 297-311).



Creative-Commons-Lizenz CC BY-SA 4.0

Dieser Textbeitrag ist unter einer Creative-Commons-Lizenz vom Typ Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International zugänglich. Um eine Kopie dieser Lizenz einzusehen, konsultieren Sie <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>. Weitere Informationen auch hier: <https://awblog.at/ueberdiesenblog/open-access-zielsetzung-und-verwendung/>

Roland Verwiebe

Roland Verwiebe ist Universitätsprofessor für Sozialstrukturforschung und quantitative Methoden am Institut für Soziologie der Universität Wien.



Nina-Sophie Fritsch

Nina-Sophie Fritsch ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der WU Wien und Universität Potsdam.

